

5. Oktober 2011

Postulat

Fraktion der sozialdemokratischen Partei

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er seine elektronischen Dienstleistungen in Bereichen, in denen intensiver Verkehr mit Bevölkerung und Gewerbe besteht, kontinuierlich und benutzungsfreundlich ausbauen kann. So sollen die Chancen, die sich in diesem Bereich für eine bevölkerungsnahе Ausgestaltung der Verwaltungsstellen bieten, optimal genutzt und der Verkehr zwischen Bevölkerung, Gewerbe und Verwaltung möglichst einfach gestaltet werden. Dabei ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass nicht alle Teile der Bevölkerung über gleichen Zugang zu elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten verfügen.

Begründung

Das sogenannte E-Government, also die Anwendung digitaler Kommunikationstechniken im Kontakt und Informationsaustausch zwischen staatlichen Institutionen und privaten (juristischen oder natürlichen) Personen, bietet gute Möglichkeiten im Blick auf die bürgerInnennahe und gewerbefreundliche Ausgestaltung der Verwaltungstätigkeit. Ein rascher, dienstleistungsorientierter Ausbau des E-Government-Angebotes ist daher ein Beitrag zu einem direkteren Kontakt zwischen den BewohnerInnen Zürichs und der Stadtverwaltung; überdies bietet er Möglichkeiten für eine Vereinfachung von Abläufen. Zugleich fügt sich ein entsprechender Angebotsausbau gut in die Zielsetzungen und die Erwartungen auf Seiten der Bevölkerung ein, die mit dem stadträtlichen Legislatorschwerpunkt „E-Zürich“ verbunden sind. Bei allen Bemühungen zur Stärkung des E-Government bleibt jedoch weiterhin zu beachten, dass die Chancengleichheit gewahrt werden muss, denn nicht alle Menschen in der Stadt Zürich haben Internetzugang. Ebenso ist den Anforderungen des Datenschutzes Rechnung zu tragen.

